EUROPA 27.10.2026 | Adrienne Woltersdorf

Das Schweigen der Mitte

Seit Wochen rebelliert Frankreichs Jugend, die Wut auf den Straßen wächst. Doch die politische Mitte überlässt den Extremen das Feld.

Strategisch gelenkte Massenproteste beginnen nicht mitten im Wahlkampf. Sie reagieren auf politische Vorhaben oder setzen dort an, wo Aussicht besteht, Entscheidungen zu beeinflussen. Die demonstrierenden französischen Schülerinnen und Schüler haben all dies nicht berücksichtigt, als sie Anfang September an Vorortschulen in der Pariser Banlieue von Créteil begannen, ihrem Frust Luft zu machen. Innerhalb weniger Tage und Wochen entschieden landesweit Hunderttausende Menschen ebenso, dass es ihnen jetzt einfach reicht. Miese Schulen, schlechte Bildung, Kaufkraftverlust, Spritpreise, Jobunsicherheit, Ignoranz der Eliten, das System und sein Kapitalismus. Die Gründe, warum in Frankreichs Städten demonstriert wird, sind vielfältig. Und die Wut steigt. Für die Politik, egal welcher Couleur, sind diese Ereignisse eine unerwartete Herausforderung – und nicht wirklich zu packen.

Trotz Verschwörungslügen, wonach die radikale Linke hinter dem Chaos stecke, bleibt festzustellen: Keine Gewerkschaft, keine Partei und erst recht kein amtierender Minister war darauf vorbereitet, ausgerechnet im Wahlkampfherbst 2026 ein 1968er-Revival zu erleben. Historische Parallelen hinken natürlich, auch die Schüler selbst sehen sich nicht zuvorderst in der Tradition der 68er. Doch der medial naheliegende Vergleich motiviert sie, weiterzumachen und ihre Anliegen in den Kontext einer Kritik zu stellen, die längst über bloße Forderungen nach Schulsanierungen und besserem Unterricht hinausgeht.

Für Frankreichs Regierung und Parteien sind die Unruhen daher eine riskante Blackbox: Klassen- und generationenübergreifend, getrieben von Jugendlichen aus der französischen Migrationsgesellschaft, aber ebenso von Kids und Eltern aus den besseren Milieus und Schulen, bieten sie keine greifbaren Frontverläufe. Längst haben sich Gewerkschaften und die Reste der einstigen Gelbwesten-Bewegung angeschlossen, ganz zu schweigen von anarchistischen, trotzkistischen Grüppchen und willkommenen Mitnahmeeffekten bei Gewaltbereiten der

rechtsradikalen oder schlicht plündernden Szene.

Welche Strömung wird einen gangbaren Ausweg aus dieser hausgemachten Krise finden?

Wenige Monate vor einer der folgenreichsten Präsidentschaftswahlen Europas stellt sich daher die dringende Frage, welche politische Kraft gestärkt aus diesem Herbst hervorgehen wird. Welche Strömung wird einen gesellschaftlich und ökonomisch gangbaren Ausweg aus dieser hausgemachten Krise finden, in der langsam alles zusammenkommt, was Frankreich umtreibt? Zutiefst verstörend angesichts der wachsenden Wut auf den Straßen ist dabei nicht so sehr das anhaltende Erstarken der Extreme. Es ist vielmehr die nahezu vollständige Abwesenheit der politischen Mitte. Einer ordnenden Kraft der Mitte. Oder wenigstens der Aussicht auf eine reformistische Politik, die glaubhaft und vereinend mit den Missständen und ihren Ursachen brechen könnte.

Präsident Emmanuel Macron und seine Minister, noch sechs Monate im Amt, haben ihren aufgebrachten Bürgerinnen und Bürgern ganz offensichtlich nichts mehr zu sagen. Ihr Schweigen steht sinnbildlich für das Scheitern des neoliberalen Macronismus, der längst an sein Ende gekommen ist, und für eine Staatsgewalt, die zunehmend ins Autoritäre abgedriftet ist. Das durch dieses Versagen entstehende Vakuum eröffnet, so legen es die Umfragen nahe, in erster Linie der extrem Rechten ein freies Feld: Inzwischen erreichen Marine Le Pen und ihr *Rassemblement National* bis zu 38 Prozent Zustimmung.

Zwar ebenso von den Schülerprotesten überrollt wie alle anderen, waren Le Pens Helfer von Tag eins der Unruhen an darauf bedacht, der radikalen Linken reflexhaft die Verantwortung für das Chaos in die Schuhe zu schieben. Eine Erzählung, die nur allzu gut verfängt, da die beschuldigte *La France Insoumise* (LFI) ein strategisch entwickeltes, opakes Verhältnis zu politischer Gewalt pflegt. Ein Klischee also, das selbst in den etablierten Medien nur allzu gut funktioniert.

Dabei war auch Jean-Luc Mélenchons radikale Linke, die vorgibt, immer ein Ohr an der Jugend und auf der Straße zu haben, keineswegs besser auf das vorbereitet, was sich in den Klassenzimmern zusammenbraute. Nach anfänglicher Verstörung und Sorge um die eigene Kampagne besann sich LFI bald auf bewährte Taktiken des Schürens und des Managements von Unmut. Das geschickte, proaktive Mittenmang in den Menschenmassen

erlaubte es der radikalen Linken schnell, als Kümmerer und Regenschirm-Partei einer zwar fragmentierten, aber immerhin miteinander dialogisierenden Linken wahrgenommen zu werden. Mélenchons Kandidatenstern, der auf 20 Prozent Zustimmung zusteuert, könnte dadurch weiter steigen, zumal LFI inzwischen als Partei der linken, urbanen Jugend wahrgenommen wird – einen Rang, den sie den Sozialisten schon länger und nun für alle sichtbar abgelaufen hat.

Das Gefühl, von abgehobenen Eliten regiert zu werden, verstärkt den „horror vacui", die Angst vor der politischen Leere.

Die Macron-Regierung selbst bedient schon lange und auch aktuell Law-and-Order-Diskurse des rechten bis rechtsextremen Spektrums. Die Bilder brennender Rathäuser – von den Schülern ebenso wie von den Gelbwesten als antirepublikanische Statements deutlich verurteilt – schüren das Gefühl des Verlassenseins weiter Teile der Bevölkerung. Das Gefühl, von abgehobenen Eliten regiert zu werden, denen nichts anderes einfällt als entfesselte Polizeigewalt und Demonstrationsverbote, verstärkt den *horror vacui*, die Angst vor der Unfähigkeit und politischen Leere in der Mitte der Gesellschaft und die Hinwendung zu ihren Extremen. Programmatische Konzepte und notwendige Kompromissvorschläge, die die Forderungen nach einer besseren Zukunft für die Jugend mit ökonomischen Interessen und Notwendigkeiten in Einklang bringen, sind in diesen Wochen nicht zu hören. Leider auch nicht von jenen, die dieses politische Vakuum eigentlich füllen müssten: die Kandidaten der reformistischen und konservativen Mitte.

Die Sozialisten und ihr Kandidat Rafaël Glucksmann von der Kleinpartei *Place Publique* bekräftigen die Forderungen der Jugend und nennen sie berechtigt. Sie sagen Richtiges, fordern mehr Umverteilung und mehr Ökologie, bleiben aber Konkretes schuldig. Auf die Straße und in Gespräche haben sie sich nicht wirklich begeben, wohl auch aus Angst, dort den Zorn abzubekommen, dem sie schon länger nichts zu erwidern haben. Ebenso unhörbar sind Glucksmanns liberal-konservative Kontrahenten: Édouard Philippe und Gabriel Attal, beide ehemalige Premierminister unter Macron. So droht ausgerechnet die politische Mitte das Feld jenen zu überlassen, denen sie etwas entgegensetzen müsste. Es steht zu befürchten, dass im Mai kommenden Jahres im

zweiten Wahlgang nur noch die Extremen um die politische Neuausrichtung Frankreichs ringen werden. Die radikale Linke gegen die extreme Rechte – *rien ne va plus*, nichts geht mehr.



Adrienne Woltersdorf
Paris

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.